

Sechs Kandidierende für den Nationalrat

FDP An ihrer Versammlung vom 17. April nominierten die Delegierten der FDP in Rickenbach einstimmig sechs Kandidierende für die Nationalratswahlen vom 20. Oktober. Auf der Liste ist auch die Menznauer Kantonsrätin Helen Schurtenberger.

Die DV unter der Leitung von Parteipräsident Markus Zenklusen (Emmen), stand ganz unter dem Motto «Nach den Wahlen ist vor den Wahlen». Insgesamt sechs Kandidierende stellten sich zur Nominierung für die Nationalratswahlen im kommenden Herbst und damit auch einer Interview-Runde, welche von der Journalistin Astrid Bossert moderiert wurde. Mit Segways und Vollgas zogen die Kandidierenden in den Saal ein und stellten sich kompetent den Fragen der Moderatorin aus den Bereichen Duales Bildungssystem, Nationaler Finanzausgleich, Mobilität, Umwelt, Digitalisierung und Altersvorsorge.

Weitere drei Kandidierende gesucht

Im Anschluss nominierten die Delegierten einstimmig Fabienne Brauchli (Malters), Martin Huber (Entlebuch), Anne-Sophie Morand (Kriens), Peter Schilliger (Udligenswil, bisher), Helen Schurtenberger (Menzna) und Albert Vitali (Oberkirch, bisher). Für die drei weiteren Listenplätze werden gegenwärtig noch Gespräche geführt. Zum entsprechenden Zeitpunkt wird die Geschäftsleitung diese nachnominieren. Die Delegierten erteilten ihr die Kompetenz dazu.

Listenverbindungen noch offen

Weiter beschlossen die Delegierten, mit den FDP-Frauen und den Jungfrei-



Ständerat Damian Müller und die sechs Nationalratskandidierenden Fabienne Brauchli, Helen Schurtenberger, Albert Vitali, Anne-Sophie Morand, Martin Huber und Peter Schilliger (v.l.n.r.).

Foto zvg

sinnigen eine Listenverbindung einzugehen. Über das mögliche Listenverbinden mit anderen Parteien werden die Delegierten an ihrer Versammlung vom 22. August 2019 befinden.

Zum Abschluss sprach FDP-Ständerat Damian Müller (Hitzkirch), welcher bereits im vergangenen Jahr für die Wiederwahl in den Ständerat nominiert wurde. Er motivierte alle Nominierten und die Parteimitglieder, im Wahlkampf nochmals Vollgas zu ge-

ben, um gemeinsam nach Bern gewählt zu werden. Damian Müller griff dazu eine Metapher aus dem Rudersport auf. «Um Erfolg zu haben, müssen wir die Schlagzahl im richtigen Moment erhöhen. Nur so haben wir Erfolg», so Müller vor den Delegierten.

Ja zur AFR18

Die FDP fasst auch die Parole für die kantonale Abstimmung vom 19. Mai zur Aufgaben- und Finanzreform

18 (AFR18). Als Befürworter warb FDP-Kantonsrat und VLG-Präsident Rolf Born (Emmen) für die Vorlage. Dabei führte er aus, wie die AFR18 zu einer fairen Aufgabenverteilung und damit zu einem finanziellen Gleichgewicht und Sicherheit im Kanton führe. Born betonte, dass das Gemeinwohl vor Eigeninteressen zu setzen sei und die bürgerlichen Parteien mit ihrem breit abgestützten Kompromiss gemeinsam Verantwortung für den Kanton Luzern

übernehmen. Gegen die Vorlage votierte Hans Stutz, Kantonsrat der Grünen. Für Stutz stand unter anderem die Benachteiligung einzelner Gemeinden im Vordergrund. Die Delegierten folgten jedoch der Haltung von Rolf Born und fassten mit 137 Ja- zu 46 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen die Ja-Parole.

Weiter genehmigten die Delegierten die Jahresrechnung 2018, welche erstmals von Fabienne Brauchli (Malters) präsentiert wurde.

sb/wb

Komitee setzt auf Kontinuität

REGIERUNGSRAT An einer Medienkonferenz in Luzern erklärte das Komitee «Für Verlässlichkeit und Kontinuität», warum es sich für die Wiederwahl der amtierenden Regierungsräte Paul Winiker und Marcel Schwerzmann engagiert.

Am 19. Mai wird die Regierung des Kantons Luzern vervollständigt. Die Stimmberechtigten können dabei zwischen den beiden bisherigen Regierungsräten Marcel Schwerzmann (parteilos) und Paul Winiker (SVP) sowie der neu kandidierenden grünen Herausfordererin Korintha Bärtsch wählen. Unter dem Lead des KMU- und Gewerbeverbandes Kanton Luzern (KGL) hat sich ein Komitee «Für Verlässlichkeit und Kontinuität» gebildet, das sich für die Wiederwahl der beiden amtierenden Regierungsräte einsetzt. Ihre Argumente präsentierten das Komitee an einer Medienkonferenz vom Dienstag in Luzern

«Verlässliche Rahmenbedingungen für die KMU»

Für KGL-Vorstandsmitglied und Holzbau-Unternehmerin Elsbeth Lang aus Altishofen spielt die Parteizugehörigkeit eine untergeordnete Rolle. Entscheidend seien vielmehr das Know-how und der Leistungsausweis. Paul Winiker und Marcel Schwerzmann hätten den Beweis erbracht, dass sie in der Lage sind, die Rahmenbedingungen für KMU zu verbessern und im Kanton ein Stellenwachstum zu fördern, so Lang. «Sie sehen den Staat in einer unterstützenden Rolle und sind zurückhaltend mit Regulierungen und Bürokratie.» Die Wahl des Duos Schwerzmann/Winiker bedeute zudem Kontinuität: «Sie stehen voll und ganz hinter der einge-



Setzen sich für die Wiederwahl von Schwerzmann/Winiker ein: Elsbeth Lang (KGL), Jasmin Ursprung (SVP) und Sabine Wermelinger (FDP). Foto apimedia

schlagenen, erfolgreichen Luzerner Steuerstrategie.»

«Führungserfahrung gefragt»

Die frisch gewählte FDP-Kantonsrätin Sabine Wermelinger aus Flüeli ist überzeugt, dass ein Regierungsrat einen grossen Rucksack an Wissen und Erfahrung mitbringen muss. «Wer neu ein so verantwortungsvolles Amt antreten will, braucht Exekutiv- oder zumindest Führungserfahrung.» Schliesslich gelte es, Verantwortung für mehrere Hundert Angestellte zu übernehmen. Wermelinger kann den linken Anspruch auf Konkordanz zwar nachvollziehen, gemäss der Sitzverteilung im Kantonsrat stehe ein allfälliger linker Regierungsratsitz aber sowieso der SP zu, und nicht den Grünen.

«Jung und Frau reicht nicht»

Dass man bestehende Regierungsräte, die ihre Arbeit gut machen, nicht abwählen soll, ist auch die Meinung von

Neo-Kantonsrätin Jasmin Ursprung (SVP) aus Udligenswil. Sie könne den Ruf nach einer jungen Frau in der Regierung durchaus verstehen und sei «grundsätzlich sehr für gemischte Teams, im Job wie in der Politik». Aber die Qualifikation müsse stimmen. Und die politische Gesinnung ebenfalls. Sie sei auch «jung und eine Frau», so Ursprung weiter, dennoch fühle sie sich von Korintha Bärtsch nicht vertreten: «Ich stehe ein für einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren Steuergeldern und einen verlässlichen Wirtschaftsstandort Luzern.» So wie Marcel Schwerzmann und Paul Winiker, sagte Jasmin Ursprung.

api/wb

Das Komitee «Für Verlässlichkeit und Kontinuität» setzt sich zusammen aus: KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern (KGL), Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ), Info-Forum Freies Unternehmertum (IFU), Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft Kanton Luzern (AWG), Hauseigentümergebiet Luzern (HEV), Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband (LBV) sowie den beiden politischen Parteien FDP und SVP.

GLP sagt Nein zur AFR18

ABSTIMMUNG Die Grünliberalen haben die Nein-Parole zur Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) gefasst. Die Weiterentwicklung von Schengen wurde von den Mitgliedern hingegen angenommen. Die Kantonalpartei sagt zudem Nein zur Aufgaben- und Finanzreform (AFR18).

Die GLP-Mitgliederversammlung hat einstimmig bei einer Enthaltung die Vorlage zur Aufgaben- und Finanzreform (AFR18) abgelehnt. Die Pro-Argumente wurden von Ludwig Peyer, Fraktionschef der CVP, vorgestellt. Die Vorlage sei ausgeglichen und ist wichtig für die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts des kantonalen Haushalts. Ludwig Peyer: «Mit der Reform werden endlich der Bildungskostenteiler und das Wasserbaugesetz umgesetzt. Durch den Steuerfussabtausch soll die Reform für den Bürger kostenneutral sein.»

Das Grundanliegen, die Neugestaltung der Aufgabenteilung und Finanzierung wird grundsätzlich von der GLP unterstützt. Die Kompensationsmassnahmen verstossen nach Meinung der Grünliberalen jedoch in «krasser Weise gegen das AKV-Prinzip», wonach Aufgabenkompetenz, Ausgabenverantwortung und Finanzierung auf der gleichen staatlichen Ebene angesiedelt sein sollen. Ausserdem seien die vorgeschlagenen Kompensationsmassnahmen zu einem grossen Teil für die grossen Verwerfungen zwischen den Gemeinden mitverantwortlich. Kantonsrätin Michèle Graber meinte dazu: «Wir kaufen die Katze im Sack und stimmen über die Vorlage ab, ohne dass die finanziellen Grundlagen gesichert sind.» Die GLP habe zudem einen alternati-

ven Vorschlag für die Aufgaben- und Finanzreform erarbeitet.

Nein zur STAF

Mit 28 Nein- zu 5 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung hat sich die Mitgliederversammlung gegen die STAF ausgesprochen. Die Steuervorlage sei zwar eine wichtige Vorlage für die Schweiz, die sachfremde Verknüpfung mit der AHV-Finanzspritze überlade aber die Vorlage und ist für die GLP staatspolitisch fragwürdig. Des Weiteren bräuhete die Altersvorsorge nach Ansicht der GLP eine strukturelle Reform, und nicht zusätzliches Geld. Gegen dieses Gesetz haben die Jungen Grünliberalen das Referendum ergriffen. Auch die Jungen Grünliberalen des Kantons Luzern haben tatkräftig Unterschriften gesammelt. Die Vorlage wurde von Tobias Vögeli, Co-Präsident der GLP Schweiz, vorgestellt. Er meinte dazu: «Der AHV-Deal ist ein Angriff auf den Generationenvertrag, weil damit echte Reformen der Altersvorsorge auf Kosten der Jungen verschoben werden.» Er verletzt zudem die Einheit der Materie und sei demokratiepolitisch fragwürdig.

Weiter haben sich die Mitglieder einstimmig für die Weiterentwicklung von Schengen ausgesprochen. Die Teilrevision bringe punktuelle Verbesserungen beim Schutz vor Waffenmissbrauch und nur administrative Änderungen für einen Teil der Schützinnen und Schützen. «Sie gefährdet unsere Schiesstradition nicht», hält die GLP fest. Und sie sichere die Zusammenarbeit mit den Schengen- und Dublin-Staaten. Ein Nein wäre nach Meinung der GLP verheerend für die Schweiz. Parteipräsident Roland Fischer untermauerte die Parole: «Bei der Vorlage handelt es sich um eine Weiterentwicklung von Schengen, welche praktisch keine Auswirkungen auf die Bevölkerung hat und zudem mehr Vorteile für die Schweiz bringt.»

ls/wb